



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/6 - 8.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Dunkles Kapitel der Bonner Sozialpolitik	S. 1
Der westdeutsche Verteidigungsbeitrag und die belgische Militärdienstzeit	S. 3
In eigener Sache	S. 4

Zwölf Millionen Menschen darben

hst. Die Bundesregierung mutet rund 12 Millionen Menschen - einem knappen Viertel der Gesamtbevölkerung-zu, ein Dasein zu fristen, das weit unter dem Existenzminimum liegt. Das ist das erschütternde Ergebnis einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger, die von der Bundesregierung angeordnet worden war. Vor fast drei Jahren war behauptet worden, ein Drittel aller Renten würde zu Unrecht bezogen. Fachleute wiesen damals schon gleich darauf hin, dass die Kontrollen einen derartigen Rentenbetrug verhindern. Jetzt wurde dieser Angriff auf die Rentenehre auch amtlich widerlegt.

Der durchschnittliche Netto-Betrag der Renten und Unterstützungen aus Sozialversicherungen, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Arbeitslosen- und öffentlicher Fürsorge beträgt nach den bisherigen, im Stichprobeverfahren durchgeführten Untersuchungen sage und schreibe 62,90 DM. Die ganze Tragik des Hungerdaseins von rund zwölf Millionen Stiefkindern des Glücks drückt sich in dieser einen nackten Zahl aus. Sollte man ein solches Ergebnis in einem Kulturstaat für möglich halten? Neben 10,4 Mill. "Hauptempfängern" von Renten und Unterstützungen erhalten weitere 1,5 Mill. Personen Familienzuschläge zu den Sozialleistungen. Gewiss lebt ein Teil nicht allein von diesen Bezügen. Zusätzliche Einkommen werden jedoch vielfach auf Renten angerechnet, so dass es wenig genug sein wird, was zusätzlich verdient werden kann. Die Zahl derer, die noch gesund sind und arbeiten können, wird

aber aufgewogen durch mindestens vier Millionen Angehörige, die von Unterstützten ganz oder teilweise unterhalten werden müssen.

Ein noch grellerer Schlaglicht wird auf dieses dunkelste Kapitel der Bonner Sozialpolitik durch die traurige Tatsache geworfen, dass nicht weniger als 46 vom Hundert Rentner, also fast die Hälfte, unter 50 DM erhielten und die Bezüge von Zweidritteln aller Empfänger von Sozialleistungen unter 100 DM monatlich lagen. Nachdem diese amtlichen Zahlen bekannt geworden sind, wird verständlich, dass die Sterblichkeit bei Rentnern und Fürsorgeempfängern bedeutend höher ist als bei allen anderen Gruppen der Bevölkerung. Auch der Mehrfachbezug von Renten wurde bisher stark überschätzt; fast 69 vom Hundert der Rentner erhielten nur eine Rente und 29 vom Hundert zwei Renten. Nur zwei Prozent der Bezugsberechtigten waren in dem Genuss von mehr als zwei Sozialleistungen. Offenbar haben sich auch keinerlei Anhaltspunkte ergeben, dass Renten, wie behauptet worden war, im nennenswerten Umfang zu Unrecht bezogen werden, denn sonst wäre gewiss darüber berichtet worden.

Eine schwere Anklage gegen das jetzige ausbeuterische Arbeitssystem, insbesondere die lange Arbeitszeit, ergibt sich aus der Tatsache, dass nur etwa ein Drittel aller Sozialleistungen an über 65 Jahre alte Personen gehen. Der größere Teil der Versicherten erlebt die "Altersinvalidität" nicht mehr, sondern wird entweder vorher arbeitsunfähig oder stirbt früher. Der Anteil der Frühinvaliden und sonstigen Empfänger von Renten und Unterstützungen im Alter zwischen 40 und 65 Jahren ist mit 36 vom Hundert größer als der Anteil der Personen über 65 Jahre (32 v.H.). Bei den Frauen ist der Unterschied noch größer (40,3 bzw. 32,1 v.H.) - und das, obwohl die durchschnittliche menschliche Lebensdauer von Jahr zu Jahr steigt. Die Vermutung liegt sehr nahe, dass in diesem Staate Tausende und Abertausende alter und gebrechlicher Menschen vorzeitig zu Tode kommen, nur weil die Sozialleistungen selbst zur Erhaltung des bescheidensten Lebensstandards unmöglich ausreichen können. Wenn es noch einer Begründung bedurft hätte, wie dringlich eine grundlegende Sozialreform ist - dieser erschütternde Bericht des Statistischen Bundesamtes hat sie geliefert.

Belgien wartet auf die deutschen Divisionen

pt - Brüssel

Nicht nur die USA vermindern in der Hoffnung auf die westdeutschen Divisionen ihre Mannschaftsbestände. Belgien hat es indirekt schon getan. Henri Spaak spielte um die Jahreswende 1953/54 ein kühnes Spiel, als er die Herabsetzung der Dienstzeit von 24 auf 18 Monaten zur Wahlparole der Sozialistischen Partei machte und dadurch trotz aller Gegnerschaft gegen die EVG die geistige Führung in der Partei an sich riss- und vergessen machte, dass es seine Regierung gewesen war, die kurz nach dem Kriege die drückende und von der Arbeiterschaft nur widerwillig ertragene Dienstzeit von zwei Jahren eingeführt hatte. Nirgends wohl ist die Annahme der Londoner Abkommen mit ihrer Forderung nach deutschen Divisionen lebhafter begrüßt worden als in Belgien.

Der Abstimmungssieg von Mendès-France hat die Militärpolitik des sozialistisch-liberalen Kabinetts in Brüssel aus einem schlimmen Dilemma geholfen. Spaak hatte als Vertreter Belgiens bei den Ministerzusammenkünften der NATO im vergangenen Jahr von englischer und amerikanischer Seite die schlimmsten Vorwürfe wegen der "eigenmächtigen" Dienstzeitherabsetzung der belgischen Regierung einstecken müssen. Den belgischen Offizieren war im NATO-Hauptquartier vorge-rechnet worden, dass mit einer 18 monatigen Dienstzeit Belgien seinen Verpflichtungen ab 1955/56 infolge der schwachen Geburtenzahl in den Kriegsjahren nicht mehr nachkommen könne. Schon lag dem Brüsseler Parlament ein von sozialistischer Seite gestelltes Projekt einer weitgehenden Frauen-Dienstpflicht vor ----

Die Sorgen scheinen nun behoben zu sein. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Spaak auf der nächsten NATO-Tagung unter Hinweis auf die kommenden deutschen Divisionen eine Herabsetzung der belgischen NATO-Verpflichtungen auf ein Maß verlangen wird, das Belgien auch mit seinen schwächeren Jahrgängen erfüllen kann. Und wer in Belgien lebt, weiss, dass er damit die Volksmeinung hinter sich hat. Der

junge belgische Arbeiter ist des "Barras" - und der ist in Belgien genau so hart wie er in Preußen war - ebenso müde wie der deutsche. Die bis zur Meuterei gehenden Dienstzeitdemonstrationen der belgischen Soldaten im Herbst 1953 hatten es gezeigt, der durchschlagende Wahlerfolg der Parole "Nicht 24, sondern höchstens 18 Monate Dienstzeit" im April 1954 bestätigt. Man hat seinerzeit kaum etwas davon erfahren - das Presseamt in Bonn ging sichtlich mit der belgischen Regierung in den Vertuschungsmanövern einig - wie sehr gerade die jungen belgischen Besatzungssoldaten im Raum von Köln sich den Antidienstzeit-Demonstrationen angeschlossen hatten. Es war bis zu Sabotageakten bei den motorisierter Einheiten gekommen.

Niemand kann es den Belgiern übelnehmen, wenn sie nach zweimaligem Neutralitätsbruch von Deutschland keine Lust haben, deutscher Boden zu verteidigen. Aber man sollte nicht aus einem nationalen Geschäft einen Europarummel machen. Hinter den hohen Worten von der "europäischen Solidarität", für welche die deutschen Divisionen (und die Saarabtrennung) gewissermassen den deutschen Eintritt bezahlen sollen, steht die ganz nüchterne egoistische innenpolitische Rechnung. Die deutschen Divisionen machen die unpopuläre Maßnahme einer Wiedererhöhung der Dienstzeit und die andere der Einführung einer Frauendienstpflicht überflüssig. Die deutschen Divisionen sichern den weiteren Fluss der gewinnbringenden off-shore Aufträge, bei denen Belgien als artiges NATO-Kind schon an dritter Stelle steht. Vielleicht langen die deutschen Divisionen sogar zu einer nochmaligen Dienstzeitherabsetzung.---

* * *

In eigener Sache

sp - Die "Baseler Nachrichten" haben einen äußerst kritischen Kommentar an den Beitrag des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" zum Geburtstag des Bundeskanzlers geknüpft. Da diese Stellungnahme über Agenturen und den Pressedienst der CDU in einige angesehenen westdeutsche Zeitungen gelangt ist, veröffentlichen wir den Brief, den wir an den Bonner Vertreter der genannten schweizer Zeitung gerichtet haben.

"Sehr geehrter Herr von Heydebreck!

Erlauben Sie mir bitte, dass ich kurz auf ihre Stellungnahme eingehe, die sich mit dem Artikel des SPD-Pressedienstes zum Geburtstag des Kanzlers befasst.

8.1.1955

Natürlich kann es nicht der Sinn dieses Briefes sein, mich mit Ihnen politisch auseinanderzusetzen. Was mich an Ihrem Beitrag, den ich freilich nur im dpa-Auszug kenne, aber sehr interessiert hat, ist die Behauptung, dass in unserem Artikel "eine Schmähung der anderen folge, bis zu der Gipfelleistung, es seien die deutschen Divisionen, denen der alte Mann nachjage".

Ich hätte es für richtig gehalten, wenn Sie eine so weitgehende Behauptung, wie die, dass eine Schmähung der anderen folge, mindestens durch ein oder zwei Beispiele erhärtet hätten. Leider haben Sie das nicht getan, konnten es freilich auch nicht, weil dieser Artikel Schmähungen nicht enthält. Unsere Feststellung, dass Dr. Adenauer deutschen Divisionen nachjage - die Wahl dieses Wortes war bestimmt durch den in dem Artikel gebrachten Vergleich - wird kaum von irgend jemand ernsthaft bezweifelt. Die Meinungen gehen ja nur darüber auseinander, ob diese Politik richtig ist oder falsch, ob sie gesamtdeutschen Interessen dient oder nicht. Auch in diesem Punkt liegt also m.E. keine "Schmähung" vor. Die Formulierung, dass Adenauer "zuviel Bundesrepublik und zu wenig Deutschland verkörpere", ist eine kritische politische Äußerung, die von unzähligen Menschen geteilt wird und in der man ebenfalls keine persönliche Diffamierung sehen kann.

Im Übrigen darf ich als Gegenbeispiel für Ihre Darstellung u.a. nur auf den Bericht der amerikanischen "Neuen Zeitung" von 5. Januar hinweisen, in dem sich ein Auszug des SPD-Pressedienstartikels findet, der eine ganze Reihe von positiven Feststellungen zur Person des Kanzlers enthält. In ähnlicher Form hatte auch der NWDR über den bei uns erschienenen Artikel berichtet. Nach unserer Auffassung kann der Geburtstag eines Mannes in der zentralen Position des Bundeskanzlers keineswegs, zumal nicht von der opponierenden Partei, allein zum Anlass für unkritische Lobsprüche benutzt werden. Ohne den Anlass des Geburtstages hätte andererseits auch für uns gewiss keine Notwendigkeit bestanden, dem Bundeskanzler zu bescheinigen, dass "sein Leben und Wirken einer sich an Vorbildern aufrichtenden Generation zu sagen weisse, was Zähigkeit und Ausdauer, Willensstärke und Zielstrebigkeit auch in der heutigen Zeit der ausgehöhlten Persönlichkeitswerte vermögen".

Natürlich bin ich nicht so verrissen, zu glauben, dass ich mit diesen Bemerkungen an Ihrer politischen Grundeinstellung zur deutschen Sozialdemokratie irgendetwas ändern könnte. Das ist auch nicht meine Absicht. Es kam mir aber darauf an, Ihnen zu sagen, dass Sie in Ihrer Stellungnahme zu unserem Artikel nach meiner Meinung journalistisch nicht korrekt verfahren sind."

Mit verbindlicher Empfehlung

Ihr

(Unterschrift)

Verantwortlich: Peter Raunau